

Leitantrag:

L. 1.

Antragsteller/innen: Parteivorstand

Antrag an die 3. Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE  
6./7. Juni 2015 in Bielefeld

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für eine starke LINKE -**  
2 **Für Solidarität und Frieden -**  
3 **Wahlerfolge 2016 organisieren**

4 **Europa: Hoffnung und Krise**

5 In Europa gibt es einen Hoffnungsschimmer. Hoffnung auf ein Ende der Kürzungspolitik, Hoffnung auf  
6 einen politischen Kurswechsel, Hoffnung auf einen sozialen und demokratischen Aufbruch. Am 25.  
7 Januar haben sich die Griechinnen und Griechen das *Recht zu wählen* genommen – gegen die  
8 angebliche Alternativlosigkeit der „Rettungspolitik“. Die von der Bundesregierung verfolgte unsoziale  
9 Kürzungspolitik wurde abgewählt. Europa geht anders, die politischen Kräfteverhältnisse sind  
10 veränderbar, eine Alternative ist möglich: Das sind die Signale, die von Griechenland ausgehen und  
11 womöglich im Herbst in Spanien verstärkt werden. Der Wahlsieg von Syriza in Griechenland könnte  
12 einen Wendepunkt in der europäischen Politik darstellen. Aber noch ist nichts entschieden: Denn die  
13 sozial und ökonomisch verheerende Bankenrettungs- und Austeritätspolitik ist bestenfalls  
14 herausgefordert, noch nicht zurückgedrängt. Merkel und die deutsche Bundesregierung erpressen die  
15 neue griechische Regierung und spielen mit der Zukunft Europas. Dabei wird deutlich, es geht ihnen  
16 nicht zuerst um die Schuldenfrage, sondern um das neoliberale Prinzip ihrer Politik. Sie handeln  
17 anhaltend entgegen den Interessen der europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Bereits  
18 2010 war Griechenland hoffnungslos überschuldet. Es war daher eine grobe Veruntreuung von  
19 Steuergeldern durch Bundeskanzlerin Merkel und ihre damalige Regierung, mit öffentlichen Mitteln die  
20 Schulden des Landes bei den Banken, Hedgefonds und anderen privaten Gläubigern zu bezahlen.  
21 Heute wird Griechenland nur einen Teil seiner Schulden zurückzahlen können, wenn das Troika-Diktat  
22 endgültig beendet und die wirtschaftliche und soziale Lage wieder verbessert wird. Doch ob  
23 Griechenland in die Lage versetzt wird, jemals damit beginnen zu können, seine Schulden  
24 zurückzuzahlen, ist für die Bundesregierung offensichtlich nicht entscheidend. Merkel und der  
25 neoliberalen politischen Mehrheit in der Europäischen Union geht es um die Verteidigung des  
26 Kürzungskurses, dessen Glaubwürdigkeit europaweit zunehmend in Frage steht. Eine erfolgreiche  
27 linksgeführte griechische Regierung soll verhindert werden – um jeden Preis.

28 Alle politischen Entscheidungen in der Europäischen Union sollen am Kriterium der  
29 „Wettbewerbsfähigkeit“ und damit den Profitinteressen der Konzerne, Finanzfonds und Banken  
30 ausgerichtet werden. Die Demokratie wird zur „marktkonformen Demokratie“ entstellt und das  
31 Demokratiedefizit in der EU verstärkt. Im Kern will diese Politik die tiefgreifende Krise des neoliberalen  
32 Kapitalismus durch Kürzungen von Löhnen, Renten und Sozialleistungen, Reformen zur Deregulierung  
33 und Prekarisierung der Arbeit sowie Privatisierungen bearbeiten. Diese Strategie muss scheitern: Es  
34 ist nicht möglich, einen ganzen Wirtschaftsraum aus einer Krise „heraus zu sparen“, ebenso wenig  
35 können alle Länder mit einer Exportstrategie in der Konkurrenz erfolgreich sein.

36 Dieser Strategie der Kanzlerin und anderer konservativer Regierungen, aber auch weiter Teile der  
37 Sozialdemokratie in Europa stellen wir Alternativen entgegen. Trotz der sprichwörtlichen Pistole auf  
38 der Brust hat die Syriza-Regierung in kürzester Zeit mehr soziale Erfolge erreicht als die korrupten  
39 Schwesterparteien von CDU und SPD in all den Jahren zuvor, denen die Beschäftigten, die

40 arbeitslosen Jugendlichen und die Rentnerinnen und Rentner egal waren. Zum ersten Mal seit Beginn  
 41 der Krise könnte überhaupt ein Abweichen vom radikalen Austeritätskurs erreicht werden: Spielräume  
 42 könnten entstehen, weil aberwitzige Haushaltsüberschüsse verhindert wurden. Syriza will beginnen,  
 43 die humanitäre Notlage zu bekämpfen, Reiche endlich angemessen zu besteuern, Korruption und  
 44 Steuerhinterziehung zurückzudrängen und Staat und Verwaltung zu reformieren. Syriza hat die Tür für  
 45 einen Kurswechsel einen Spalt geöffnet: Allein das ist ein Erfolg. Wir werden Syriza nach unseren  
 46 Möglichkeiten auf diesem Weg unterstützen. Wir stellen der Strategie von SPD, CDU/CSU und  
 47 anderer konservativer Regierungen, aber auch weiter Teile der Sozialdemokratie in Europa  
 48 Alternativen entgegen.

49 Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass eine sozialere Politik eine Chance hat – in Griechenland  
 50 und anderswo. Als LINKE machen wir dafür Druck mit klaren Alternativen für einen grundlegenden  
 51 Richtungswechsel in Europa:

- 52 • Griechenland und die südlichen Länder benötigen wieder finanziellen Spielraum. Die Schuldenlast  
 53 nicht tragfähig und ihre Reduzierung daher unausweichlich. Wir unterstützen die Forderung Syrizas  
 54 nach einer Schuldenkonferenz für Südeuropa auf Augenhöhe und fordern darüber hinaus eine  
 55 Vermögensabgabe für Millionäre und Milliardäre, die genutzt wird, um den öffentlichen  
 56 Schuldenstand wieder auf ein tragfähiges Maß abzusenken.
- 57 • Der von den EU-Verträgen nicht gedeckte Machtmissbrauch der Europäischen Zentralbank (EZB)  
 58 zur Durchsetzung neoliberaler Politik auch beim Aufkauf von Anleihen muss unverzüglich beendet  
 59 werden. Die EZB-Politik muss demokratischen Entscheidungsprozessen, auch des Europäischen  
 60 Parlaments unterworfen werden.
- 61 • Statt die Finanzmärkte mit Geld zu fluten und so neue Spekulationsblasen zu nähren, fordern wir  
 62 Investitionen zur Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit und Armut in Europa durch ein  
 63 eurozonenweites Zukunftsinvestitionsprogramm. Finanziert durch die EZB bzw. vermittelt durch  
 64 eine europäische öffentliche Bank und europaweite Millionärssteuer kann neue Beschäftigung  
 65 geschaffen werden, können die öffentliche Infrastruktur, gute Bildung, Gesundheitsversorgung  
 66 gestärkt und ein dringend notwendiger sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft, der  
 67 Energieversorgung und Mobilität gefördert werden. Die gegenwärtige Nullzinspolitik dagegen  
 68 enteignet den Mittelstand, heizt den Immobilienmarkt an, treibt die Mieten in die Höhe und macht  
 69 durch steigende Börsenkurse die Reichen noch reicher.
- 70 • Die Banken müssen stärker reguliert werden, risikoreiche Spekulationen sind auszuschließen. Das  
 71 Investmentbanking – das nur in Betriebe investiert, um hohe Renditen zu erzielen – ist als  
 72 Geschäftsfeld abzuwickeln.
- 73 • Schattenbanken wie außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Private-Equity-  
 74 Gesellschaften müssen aufgelöst werden. Dies geschieht direkt, sofern sie ihren Geschäftssitz in  
 75 Deutschland haben. Wenn sie ihren Geschäftssitz im Ausland haben, brauchen wir indirekte  
 76 Formen der Regulierung, die sich gegen Schattenfinanzplätze und die Verknüpfungen mit dem  
 77 deutschen Bankensektor richten. Private Großbanken wollen wir in öffentliches Eigentum unter  
 78 demokratischer Kontrolle und Verwaltung überführen, Landesbanken wollen wir verkleinern und  
 79 ebenfalls demokratisch kontrollieren und verwalten.
- 80 • Mit einer Finanztransaktionsteuer wollen wir die Spekulationen auf den Finanzmärkten eindämmen  
 81 und die Verursacherinnen und Verursacher der Krise an deren Kosten beteiligen.

82 Ob es zu einem wirklichen Politikwechsel in Griechenland und darüber hinaus kommt, hängt von allen  
 83 linken Kräften in Europa ab – auch von grünen und sozialdemokratischen in Deutschland. Die  
 84 Gewerkschaften haben sich klar positioniert: Sie fordern einen Kurswechsel mit einem  
 85 Investitionsprogramm für ganz Europa. DIE LINKE steht solidarisch an der Seite der griechischen

86 Bevölkerung und Syriza: Das heißt für uns, hierzulande den Druck auf die Bundesregierung und die  
 87 Sozialdemokratie zu erhöhen und größere Teile der Bevölkerung für unsere Alternativen zur  
 88 Eurokrisenpolitik zu gewinnen: Für die Überwindung der Exportdominanz der deutschen Wirtschaft  
 89 und des Lohndumpings in Europa durch höhere Löhne und Renten, für Umverteilung des Reichtums,  
 90 Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge für gute Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege und  
 91 Mobilität und für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft in Deutschland. Wir fordern die  
 92 Sozialdemokratie auf, sich endlich von ihrer neoliberalen Krisenpolitik zu lösen und ihren  
 93 Bekenntnissen zu einem sozialen Europa Taten folgen zu lassen - immer mehr Menschen fragen sich,  
 94 wofür die Sozialdemokratie noch gebraucht wird, wenn sie keine sozialen Alternativen zur neoliberalen  
 95 Politik formuliert.

96 So sehr der Aufbruch, den viele Menschen mit der neuen griechischen Regierung verbinden, Hoffnung  
 97 keimen lässt, so sehr treibt nicht weniger Menschen eine Sorge um: Im Osten Europas, in der Ukraine  
 98 sind Tausende Opfer einer kriegerischen Auseinandersetzung geworden: Sie sind auf der Flucht,  
 99 haben ihr Hab und Gut verloren, viele sogar ihr Leben. Das Minsker Abkommen II konnte die Lage  
 100 etwas beruhigen, dennoch ist die Gefahr einer weiteren Eskalation noch nicht nachhaltig gebannt. Die  
 101 Ukraine ist heute eine zutiefst gesplante Gesellschaft, das ganze Land wurde Opfer Interessen  
 102 Dritter. Die EU zerrte mit ihrem Assoziierungsabkommen an der Ukraine, Russland mit seiner  
 103 Zollunion. DIE LINKE bleibt dabei: Einseitige Schuldzuweisungen zeigen keinen Ausweg, bestenfalls  
 104 sollen sie eigene Fehler der Vergangenheit verdecken. EU, NATO und Russland haben es versäumt,  
 105 eine dauerhafte, tragfähige europäische Sicherheitsarchitektur auf den Weg zu bringen - aber sie wird  
 106 nur kommen, wenn beide Seiten sie wirklich wollen. Stattdessen dehnte sich die NATO stetig gen  
 107 Osten aus. Die NATO mit ihrer Politik der Osterweiterung und die USA, die auf eine geopolitische  
 108 Schwächung Russlands und die globale Expansion von US-Militärbasen setzen, haben wesentlich zum  
 109 Krieg beigetragen. Und Russland tat das, was es in der Vergangenheit zu Recht in anderen Fällen  
 110 energisch kritisierte: Es missachtete völkerrechtliche Prinzipien und verletzte die territoriale Integrität  
 111 der Ukraine.

112 Militärisches Agieren kann kein Ausweg sein, es hat erst in die Krise geführt. Es gibt für uns keine  
 113 Alternative zu Verhandlungen. Die aktuelle und die früheren Bundesregierungen tragen ihren Anteil an  
 114 den Entwicklungen. Die Initiative der Bundeskanzlerin zu Minsk II kam spät, beinah zu spät, aber sie  
 115 war richtig. Ein grundlegender Kurswechsel der Abkehr von geopolitischer Interessenpolitik hin zu  
 116 einer europäischen Entspannungspolitik steht aus. Der Krieg in der Ukraine ist Teil einer  
 117 tiefgreifenden Krise der alten Weltordnung. Die geopolitische Konkurrenz zwischen den  
 118 Wirtschaftsblöcken um Wirtschaftsräume, knappe Ressourcen und ihre militärische Absicherung  
 119 verschärft sich. Eine wirkliche Friedenspolitik muss daher zugleich auf die Schaffung einer gerechten  
 120 Weltwirtschaftsordnung zielen.

121 Europa endet für uns nicht an den östlichen Grenzen der EU. Das „gemeinsame Haus Europa“, das  
 122 1990 von der damaligen sowjetischen Führung als Herausforderung und Alternative zu  
 123 jahrzehntelanger Blockkonfrontation auf die Tagesordnung gesetzt wurde, ist 25 Jahre später immer  
 124 noch weit entfernt. Auch und gerade in einem Jahr, in dem wir an den 70. Jahrestag der Befreiung von  
 125 Faschismus und Krieg erinnern, in dem wir allen Siegermächten erneut zu danken haben, die  
 126 Deutschland und ganz Europa unter unsagbaren Opfern mit ihrem Sieg eine Chance auf einen  
 127 Neubeginn gegeben haben, sagen wir: Nie wieder Krieg!

128 Die Zukunft Europas ist nur denkbar, wenn Brücken gebaut, statt Frontlinien gezogen werden, wenn  
 129 ab- statt aufgerüstet wird, wenn soziale Sicherheit und Demokratie Leitbild europäischer Politik sind,  
 130 wenn allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde möglich ist. Das ist und bleibt unser  
 131 Maßstab auch gegenüber der Außenpolitik der deutschen Bundesregierung.

132 **Bilanz negativ: Große Koalition regiert an den gesellschaftlichen Problemen vorbei**

133 Innenpolitisch ist von der Großen Koalition zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl nichts mehr  
 134 oder nur negatives wie die Vorratsdatenspeicherung zu erwarten. Die wesentlichen Punkte des  
 135 Koalitionsvertrages sind abgearbeitet, aber große gesellschaftliche Probleme bleiben liegen. Auch auf  
 136 Druck der LINKEN gab es manche Korrektur am Kurs der vergangenen Jahre, aber die grundlegenden  
 137 Spaltungen der Gesellschaft werden nicht bearbeitet. Es drohen zwei verschenkte Jahre mit einem  
 138 koalitionspolitischen Stillstand, während die Kluft zwischen Arm und Reich sich weiter vertieft und  
 139 Zukunftsaufgaben des Landes unerledigt bleiben. Zudem tun sich dramatische Widersprüche in der  
 140 Regierungspolitik und mittlerweile auch zwischen den Koalitionspartnern auf. Als stärkste  
 141 Oppositionspartei setzt DIE LINKE an diesen Widersprüchen an, legt sie offen und wirbt für politische  
 142 Alternativen zur Merkel-Regierung. Die Kräfteverhältnisse in Gesellschaft und Parlament sind  
 143 veränderbar – auch in Deutschland.

144 In der Rentenpolitik und auf dem Arbeitsmarkt wird wenig besser, aber nichts wirklich gut. Für  
 145 einige wenige ist die Einführung der Rente mit 63 ein Fortschritt, an den Kernproblemen für den  
 146 Großteil der Bevölkerung mit sinkendem Rentenniveau und zunehmender Altersarmut ändert sich  
 147 jedoch nichts. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist zwar ein Fortschritt und ein großer  
 148 Erfolg des jahrelangen politischen Drucks der LINKEN. Nichtsdestotrotz: 8,50 Euro sind zu niedrig und  
 149 es gibt viel zu viele Ausnahmen, z.B. für Jugendliche unter 18 Jahren und Langzeiterwerbslose. Hinzu  
 150 kommen Versuche von CDU/CSU und der Arbeitgeberseite, den gerade eingeführten Mindestlohn  
 151 weiter aufzuweichen und zu umgehen. Auch hier gilt, die Kernprobleme bleiben ungelöst: Deutschland  
 152 hat weiterhin den größten Niedriglohnsektor Westeuropas und gegen die Ausbreitung unsicherer,  
 153 befristeter und schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse unternimmt die Große Koalition nichts.  
 154 Stattdessen hebt sie über das „Tarifeinheitsgesetz“ das Streikrecht der Gewerkschaften aus. Statt  
 155 die Tarifautonomie zu stärken und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern und  
 156 Tariffucht über Leiharbeit und Werkverträge zu unterbinden, werden Gewerkschaftsrechte  
 157 verfassungswidrig eingeschränkt.

158 Der Mythos vom „Jobwunder“ in Deutschland verdeckt, dass Millionen Menschen in Deutschland  
 159 durch Dauererwerbslosigkeit, wachsende Armut und die Zunahme prekärer Beschäftigung keine  
 160 Zukunftsperspektive auf gute Arbeits- und Lebensbedingungen haben. Die Erwerbslosigkeit ist weiter  
 161 hoch - höher als die offiziellen Statistiken zeigen. Wachsende Armut (besonders von Kindern und im  
 162 Alter) und unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse sind für die Große Koalition keine drängenden  
 163 Probleme. Ihre Politik ist eine der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft.

164 Die Strategie der Exportdominanz der deutschen Wirtschaft beruht auf hoher Produktivität verbunden  
 165 mit Lohndumping, dem größten Niedriglohnsektor Europas und der Ausweitung prekärer Arbeit. Die  
 166 europäischen Nachbarn nieder zu konkurrieren und zum Bettler machen, führt mittelfristig zu  
 167 weiterem Druck auf die Löhne und soziale Rechte auch in Deutschland. Diese Politik bringt die  
 168 Europäische Union an den Rand des Scheiterns, führt zum Vertrauensverlust der Menschen in die  
 169 Demokratie und ist nicht im Interesse der Mehrheit der Beschäftigten – hier und in ganz Europa.

170 Seit Jahren werden die Interessen von Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und Kernbelegschaften  
 171 gegeneinander ausgespielt. Prekäre Lebensverhältnisse breiten sich aus: durch steigende Mieten und  
 172 Energiekosten, durch unzureichende Gesundheitsversorgung und Absicherung von Pflegebedürftigen.  
 173 Durch das weiter sinkende Rentenniveau werden größere Teile der Bevölkerung, auch Menschen mit  
 174 mittlerem Einkommen von Altersarmut bedroht.

175 Fast vier Millionen Menschen sind zudem weiter erwerbslos. Ein wachsender Anteil ist dem Hartz IV-  
 176 Regime unterworfen. Sie sehen sich Sanktionen ausgesetzt, werden in Ein-Euro-Jobs gedrängt oder  
 177 bleiben auf Dauer von Erwerbsarbeit ausgeschlossen und dienen als Drohpotenzial für die  
 178 Beschäftigten. Hartz IV muss weg! Stattdessen brauchen wir eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie

179 Mindestsicherung, die Betroffene gegen Armut absichert und gesellschaftliche Teilhabe garantiert –  
180 unter 1050 Euro im Monat droht Armut.

181 Weder den ökologischen Herausforderungen setzt die Große Koalition Lösungsstrategien entgegen,  
182 noch den demokratischen Herausforderungen. Statt Einwohnerinnen mit mehr  
183 Entscheidungskompetenzen auszustatten und so wieder Lust auf Demokratie zu wecken, wird der  
184 Überwachungsstaat ausgebaut. Den Herausforderungen der Digitalisierung der Gesellschaft begegnet  
185 die Große Koalition mit einer wirthülsenreichen Digitalen Agenda, statt die Herausforderungen  
186 anzunehmen.

### 187 **Große Koalition verspielt die Zukunft des Landes**

188 Für die CDU/CSU ist eine Politik der „schwarzen Null“ das Kernprojekt in der Koalition. Dieses  
189 Kernprojekt wird von der SPD mit getragen, die damit ihre klassische Klientel einmal mehr im Stich  
190 lässt und sich immer weiter von sozialdemokratischen Werten entfernt. Finanzminister Schäuble ist  
191 stolz, im vergangenen und im laufenden Jahr zum ersten Mal seit Jahrzehnten keine neuen Schulden  
192 aufnehmen zu müssen. Gleichzeitig wird dabei die Zukunft des Landes verspielt, denn die Politik der  
193 „schwarzen Null“ ist mit einem Griff in die Zukunftsfähigkeit der Sozialversicherungen erkaufte. Die  
194 Bundesregierung kürzt die Zuschüsse für die Krankenkassen und finanziert die Änderungen bei der  
195 Rente über Rentenbeiträge statt über Steuermittel.

196 Die „schwarze Null“ bedeutet: kaum Geld für Investitionen in Bildung, Kitas, Gesundheit, Pflege,  
197 Verkehr, digitale Infrastruktur und in die Energiewende. Die „schwarze Null“ wird zum Selbstzweck, ja  
198 zum Fetisch der Politik der Großen Koalition, gleichzeitig verfällt die öffentliche Infrastruktur und ein  
199 Großteil der Kommunen steckt tief im Defizit - zulasten eines großen Teils der Bevölkerung, dessen  
200 Lebensqualität sinkt. Wenn die Schuldenbremse greift, wird der Druck in den Ländern und  
201 Kommunen auf die öffentliche Hand und deren Beschäftigten noch weiter zunehmen: Privatisierungen,  
202 Gebührenerhöhungen und Personalabbau drohen. Die Bundesregierung behauptet, dass im Namen  
203 zukünftiger Generationen keine Schulden mehr aufgenommen werden. Wenn jedoch die Folge dieser  
204 Politik es ist, eine marode öffentliche Infrastruktur und eine beschädigte Umwelt zu hinterlassen,  
205 dann geschieht genau dies vor allem auf Kosten zukünftiger Generationen. Die schwarze Null und die  
206 Schuldenbremse werden zur Investitionsbremse.

207 Die Bundesregierung spricht viel von Wirtschaftswachstum, aber ihre Antworten auf die  
208 Investitionsblockade führen weder zu gesellschaftlich sinnvollem Wachstum, noch sind sie  
209 geeignet, die Massenerwerbslosigkeit, Armut und Prekarisierung zu bekämpfen. Nach dem  
210 Beispiel des Juncker-Plans will auch Wirtschaftsminister Gabriel die Privatisierung der  
211 Infrastruktur vorantreiben. Die Logik dieser Politik ist absurd: Die Erfahrungen mit  
212 Privatisierungen zeigen, dass Beschäftigung nicht geschaffen, sondern vernichtet wird, die  
213 Qualität der Infrastruktur und Daseinsvorsorge sinkt, die Kosten für die Bürgerinnen und  
214 Bürger steigen. Gabriel macht sich so zum Genossen der Finanzbranche, die nach der Krise  
215 dringend Anlagemöglichkeiten sucht – für die Versprechen von „Renditen oberhalb der  
216 Verzinsung deutscher Staatsanleihen“ (so Gabriels Expertenkommission) werden die  
217 Beschäftigten ausgequetscht und die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse gebeten.

218 CDU/CSU und SPD verzichten auf eine deutlich stärkere Besteuerung hoher Vermögen und  
219 Einkommen, Reiche und Vermögende werden weiterhin geschont. Die SPD hat dafür ihre  
220 Wahlversprechen erneut ignoriert. In keinem anderen Land der Euro-Zone ist der private Reichtum  
221 inzwischen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Das stellt unsere Gesellschaft vor eine  
222 Zerreißprobe. Statt hohe Vermögen, Spitzeneinkommen, große Erbschaften und Finanzgeschäfte  
223 stärker zu besteuern, werden Ausgaben gekürzt, Investitionen verschoben oder ganz gestrichen, um  
224 die Finanzen auszugleichen. Ohne gerechte Steuern ist jede „schwarze Null“ erkaufte - auf Kosten der  
225 sozialen Gerechtigkeit und der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

## 226 **Zehn Jahre Bundestag: Links wirkt!**

227 Mit diesem Jahr ist die ursprünglich aus Linkspartei.PDS und WASG entstandene Linksfraktion zehn  
 228 Jahre im Deutschen Bundestag vertreten. Unsere politische Bilanz kann sich sehen lassen. Seit 2005  
 229 zeigen wir, dass die Politik der Merkel-Regierungen nicht alternativlos ist. Ob die Fortsetzung der  
 230 Agenda-Politik mit der Einführung der Rente erst ab 67 Jahren, der Afghanistan-Einsatz der  
 231 Bundeswehr, die Bankenrettungen auf Kosten der Steuerzahler in der Finanzkrise 2008, die  
 232 Eurokrisenpolitik mit der desaströsen Kürzungspolitik in Europa, den Abbau von Bürgerrechten und  
 233 der Ignoranz ökologischer Herausforderungen: DIE LINKE stand und steht für eine neue soziale Idee,  
 234 für eine linke politische Alternative zum Konsens der anderen im Bundestag vertretenen Parteien.  
 235 Damit haben wir den gesellschaftlichen Diskurs verschoben und Druck von links vor allem auf die SPD  
 236 gemacht: Korrekturen am Agenda-Kurs hätte es ohne uns sicher nicht gegeben. Die Einführung des  
 237 gesetzlichen Mindestlohns ist ein großer Erfolg der LINKEN. Ohne DIE LINKE - parlamentarisch wie  
 238 außerparlamentarisch - gäbe es viele Debatten nicht. Dass über Sanktionen bei Hartz IV, über  
 239 Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen, den Pflegenotstand, aber auch über deutsche  
 240 Waffenexporte in der Gesellschaft diskutiert wird, und so manches inzwischen in Frage steht, zeigt:  
 241 DIE LINKE wirkt.

242 Wir öffnen den politischen Raum gegen die angebliche Alternativlosigkeit im System Merkel. DIE  
 243 LINKE steht in Deutschland und mit der Europäischen Linken in ganz Europa für einen demokratischen  
 244 Aufbruch: mit konkreten Reformalternativen für einen sozialen und ökonomischen Kurswechsel und  
 245 für eine Erneuerung der Demokratie.

## 246 **Kompetenzen der LINKEN: An Alternativen arbeiten**

247 Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg in diesem Jahr wurde der LINKEN von den Wählerinnen und  
 248 Wählern vor allem eines bescheinigt: Kompetenz für soziale Gerechtigkeit. Einerseits bestätigt dies  
 249 unser Selbstverständnis, dass wir uns nicht abfinden mit den herrschenden Verhältnissen, und  
 250 andererseits, dass der LINKEN - auch in den westlichen Bundesländern - mehr und mehr zugetraut  
 251 wird, an der Lösung der Probleme der sozialen Ungerechtigkeit zu arbeiten und die Lebens- und  
 252 Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern.

253 Eine wesentliche Aufgabe der Partei in den kommenden zwei Jahren - auch mit Blick auf die  
 254 Vorbereitungen der Bundestagswahl 2017 - wird sein, unsere Kompetenz im Kernbereich der sozialen  
 255 Gerechtigkeit und als Friedenspartei weiter auszubauen, aber auch auf anderen Feldern deutlich an  
 256 Profil zu gewinnen.  
 257 Demokratie und Bürgerechte, Nachhaltigkeit und Ökologie, Chancen der Digitalisierung und die  
 258 Veränderung der Arbeitswelt... Es geht um Vertrauen in linke Politik, um die Glaubwürdigkeit unseres  
 259 politischen Handelns und um die Überzeugungs- und Durchsetzungskraft linker Konzepte. Wir werden  
 260 machbare und konkrete Reformalternativen zur angeblichen Alternativlosigkeit der Merkel-Regierung  
 261 erarbeiten, die gleichzeitig die Transformation zu einer insgesamt gerechteren Gesellschaft in den  
 262 Blick nehmen. Unser Ansatzpunkt ist dabei der Alltag der Menschen, ihre Hoffnungen ebenso wie ihre  
 263 Sorgen, ihre Erwartung nach Sicherheit und Verlässlichkeit und gleichfalls grundsätzlichem Wandel.  
 264 DIE LINKE ist kein Selbstzweck: Kümmert sie sich um die Probleme der Bürgerinnen und Bürger oder  
 265 macht sie sich selbst Probleme? Es liegt bei uns.

## 266 **Kompetenz für soziale Gerechtigkeit weiter stärken: Gute Arbeit und soziale Rechte - gegen 267 gesellschaftliche Ausgrenzung und für ein gutes Leben.**

268 Prekarisierung von Arbeit und Leben, Stress und Arbeitsverdichtung, unfreiwillige Teilzeit und  
 269 Niedriglöhne, die absehbare strukturelle Veränderung von Erwerbsarbeit durch Digitalisierung,  
 270 Sanktionen und soziale Ausgrenzung von Menschen mit geringem Einkommen - auch nach der  
 271 Einführung des Mindestlohnes brauchen wir Alternativen.

272 Eine dringende Maßnahme – auch zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und gegen zunehmenden  
 273 Stress – ist die gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit durch eine Politik der Arbeitszeitverkürzung.  
 274 Ein erster Schritt ist der Abbau von Überstunden. Eine kollektive Form der Arbeitszeitverkürzung sind  
 275 weitere gesetzliche Feiertage. Aber die Verkürzung der Arbeitszeit muss sich an den individuellen  
 276 Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren. Zwei flexibel zu nehmende Sabbatjahre sind eine  
 277 Möglichkeit bei Bedarf – zum Beispiel in Zeiten der Kindererziehung, der Pflege oder Weiterbildung für  
 278 ein Jahr aus dem Erwerbsarbeitsleben bei fortlaufendem Einkommen und verbunden mit einem  
 279 Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz, auszusteigen.

- 280 • Kettenbefristungen und sachgrundlose Befristungen müssen untersagt werden. Die  
 281 Befristung wollen wir auf einmalig, längstens ein Jahr und wenige sachliche Gründe  
 282 beschränken.
- 283 • Wir wollen Leiharbeit stoppen und das Tarifdumping durch Werkverträge beenden.  
 284 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag!
- 285 • Hartz IV muss weg! Stattdessen brauchen wir eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie  
 286 Mindestsicherung, die Betroffene gegen Armut absichert und gesellschaftliche Teilhabe  
 287 garantiert. Die Mindestsicherung muss sicherstellen, dass niemand unter 1050 Euro im  
 288 Monat fällt, denn darunter droht Armut. Als Sofortmaßnahmen sind die Hartz-IV-  
 289 Regelsätze auf 500 Euro zu erhöhen. Die Sanktionen und so genannte „Ein-Euro-Jobs“  
 290 gehören sofort abgeschafft.
- 291 • Gute soziale Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger können nur mit einer  
 292 verbindlichen, aus dem Bedarf der Dienstleistung (Bildung, Gesundheit, Pflege, etc.)  
 293 abgeleiteten Personalbemessung erfolgen.
- 294 • Wir wollen das Arbeitszeitgesetz so ändern, dass die zulässige wöchentliche  
 295 Höchst Arbeitszeit von derzeit 48 auf höchstens 40 Stunden gesenkt wird.  
 296 Ausnahmeregelungen müssen deutlich reduziert werden, Überstunden effektiv begrenzt  
 297 werden. Es müssen stärkere Kontrollen durch unabhängige Arbeitnehmervertretungen  
 298 gesetzlich vorgeschrieben werden.

299 Mit einer langfristigen Kampagne Das muss drin sein wird DIE LINKE die Prekarisierung der Arbeits-  
 300 und Lebensbedingungen in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit rücken. Mit der Kampagne machen  
 301 wir Druck für das, was selbstverständlich sein sollte in einem reichen Land – mit fünf zentralen  
 302 Forderungen:

- 303 • Befristung und Leiharbeit stoppen
- 304 • Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV
- 305 • Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst
- 306 • Wohnen und Energie bezahlbar machen
- 307 • Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit

308 DIE LINKE will diese Forderungen zur Bekämpfung unsicherer Arbeits- und Lebensverhältnisse ins  
 309 öffentliche Bewusstsein rücken und gesellschaftlich verankern. Auch weil wir wissen, dass ein Leben  
 310 in Existenzangst oft zu politischer Ausgrenzung führt.

### 311 **Kompetenz Steuergerechtigkeit: Reichtum umverteilen, Steuerflucht bekämpfen und in die** 312 **Zukunft investieren**

313 Es geht uns um soziale Gerechtigkeit geht. Deshalb ist es für uns auch von zentraler Bedeutung, für  
 314 eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen zu kämpfen. Dass die Schere zwischen Arm  
 315 und Reich immer weiter aufgeht, dass nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für  
 316 Wirtschaftsforschung das reichste Prozent noch viel reicher ist als gedacht und rund ein Drittel des  
 317 Gesamtvermögens besitzt, ist für DIE LINKE eine völlig inakzeptable Entwicklung. Sie ist nicht nur

318 sozial ungerecht, sondern auch ökonomisch falsch. Denn mit einer gerechteren Verteilung und  
 319 Besteuerung der Reichen und Vermögenden könnten sowohl Haushalte mit durchschnittlichem  
 320 Einkommen steuerlich entlastet als auch in zentrale Zukunftsbereiche der Gesellschaft wie Bildung,  
 321 Erziehung, Gesundheit, Pflege und die Energiewende investiert werden. Daher fordert DIE LINKE:

- 322 • die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärsteuer auf Vermögen in Höhe von fünf  
 323 Prozent oberhalb einer Million Euro.
- 324 • eine Reform der Erbschaftsteuer mit deutlich höherem Steueraufkommen.
- 325 • eine steuerliche Gleichbehandlung von Einkommen aus Arbeit und Kapitalerträgen.
- 326 • Steuerflucht und Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen. Dafür muss der Steuervollzug  
 327 bundesweit vereinheitlicht und mehr Fachpersonal eingestellt werden.
- 328 • den Investitionsstau abbauen und in die Zukunft investieren. Selbst die Schuldenbremse, die DIE  
 329 LINKE ablehnt, lässt 2015 rund 25 Milliarden an zusätzlichen Investitionen des Bundes zu.  
 330 Stattdessen verkommt die öffentliche Infrastruktur.
- 331 • ein Zukunftsinvestitionsprogramm von 100 Milliarden für sozial-ökologischen Umbau, Bildung,  
 332 digitale Infrastruktur (Breitband), Pflege und Gesundheit.
- 333 • eine gerechte Finanzierung der Sozialsysteme durch eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.

334 **Kompetenz Friedenspolitik: Verantwortung wahrnehmen heißt für uns: Waffenexporte**  
 335 **verbieten Abrüsten, Auslandseinsätze beenden und für eine neue europäische**  
 336 **Entspannungspolitik eintreten.**

337 DIE LINKE ist und bleibt *die* Friedenspartei in Deutschland. Wenn die Bundesregierung und der  
 338 Bundespräsident dafür werben, Deutschland müsse „mehr Verantwortung“ übernehmen und „die  
 339 Kultur der militärischen Zurückhaltung“ aufgeben, indem die Bundeswehr sich militärisch in noch  
 340 weitere Konflikte dieser Welt einmischen solle, treten wir dem entschieden entgegen.  
 341 Die Bundesregierung wird 2016 ein neues „Weißbuch“ auflegen, als Leitlinien für die Bundeswehr als  
 342 global agierende Armee im Einsatz. Das sicherheitspolitische Konzept folgt dem Ansatz der vernetzten  
 343 Sicherheit und der ‚responsibility to protect‘ lehnt die DIE LINKE ab.

344 Bereits jetzt stockt die Bundesregierung den Militärhaushalt auf und rüstet die Bundeswehr  
 345 milliardenschwer auf. Dem Weißbuchprozess für Aufrüstung setzen wir den Ruf nach Abrüstung  
 346 entgegen. Denn die Aufrüstung heizt den globalen Rüstungswettlauf und verstärkt das Klima der  
 347 gegenseitigen Bedrohung zwischen Ost und West.

348 Wir sagen: Ja, Deutschland muss mehr Verantwortung in der Welt wahrnehmen – zivil und  
 349 friedenspolitisch, aber keinesfalls militärisch. Krieg darf nicht länger Mittel der Politik sein. Krieg ist  
 350 der Inbegriff unverantwortlicher Außenpolitik. Wir stehen für eine andere, verantwortliche Politik.  
 351 Wir wollen

- 352 • die Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden;
- 353 • Rüstungsexporte verbieten und Rüstungsproduktion beenden;
- 354 • die Beschaffung von militärisch nutzbaren Drohnen beenden – keine Beteiligung an der  
 355 Entwicklung von Kampfdrohnen auf nationaler und europäischer Ebene;
- 356 • nicht die EU-Außengrenzen weiter abschotten und tausende Menschen sterben zu lassen;
- 357 • friedliche Konfliktlösungen vorantreiben und die Mittel für den zivilen Friedensdienst erhöhen;
- 358 • die Sanktionen gegenüber Russland zurücknehmen, denn sie haben nur zur Eskalation des  
 359 Konflikts beigetragen, und das EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zurücknehmen;
- 360 • Sicherheitspolitik nicht länger ohne oder gar gegen Russland definieren, sondern eine neue  
 361 europäische Entspannungspolitik einleiten, d.h. ein Ende der NATO und ihre Ersetzung durch ein  
 362 Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands.

363 **Kompetenz Demokratie: Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA stoppen, direkte**  
 364 **Demokratie stärken, Bürgerrechte ausbauen.**

365 Wer Demokratie und Rechtsstaat nicht Konzerninteressen unterordnen will, muss die geplanten  
 366 Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) und der EU und Kanada (CETA) und das  
 367 Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TISA) ablehnen.

368 Denn die drei Abkommen sehen völlig undemokratische Privilegien für Investoren vor: Wenn Gesetze -  
 369 z.B. im Arbeitsrecht oder Verbraucherschutz - ihre Profite schmälern, sollen Konzernen gegen  
 370 demokratische Entscheidungen der Staaten klagen können. Verhandelt wird dann vor internationalen  
 371 privaten Schiedsgerichten, ohne dass eine Revision vor einem ordentlichen Gericht eingelegt werden  
 372 kann. Sowohl der Investorenschutz als auch die private Parallel-Justiz sind ein fundamentaler Angriff  
 373 auf Demokratie und Rechtsstaat - für Bürgerinnen und Bürger in der EU wie in den USA.

374 DIE LINKE unterstützt weiterhin die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und  
 375 CETA. Eine Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ist gegen diese Abkommen. Gemeinsam mit der  
 376 Zivilgesellschaft TTIP und CETA noch zu stoppen, ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit in den nächsten  
 377 Monaten.

378 DIE LINKE tritt dafür ein, dass Einwohnerinnen und Einwohner mehr Entscheidungskompetenzen  
 379 übertragen bekommen und der Ausbau des Überwachungsstaates zurückgedrängt wird. Wir legen  
 380 Wert darauf, dass die Entscheidungsbefugnisse an Einwohnerinnen und Einwohner gehen und nicht  
 381 die Staatsangehörigkeit für die Entscheidungsbefugnisse den Ausschlag gibt. Im Gegensatz zu  
 382 anderen Vertreter/innen von angeblich mehr direkter Demokratie wollen wir nicht Menschen  
 383 ausgrenzen und die Entscheidungsbefugnisse missbrauchen für ausgrenzende Forderungen.  
 384 Angesichts eines zunehmenden gesellschaftlichen Rassismus stellen wir uns ganz klar an die Seite  
 385 derjenigen, die solchen Bestrebungen friedlich entgegentreten. Die Vorratsdatenspeicherung lehnen  
 386 wir ebenso ab, wie weitere Bestrebungen die Befugnisse von Sicherheitsorganen auszudehnen.  
 387 Insbesondere die Idee von „Predictive Policing“ (Vorhersagesoftware) lehnen wir entschieden ab.

388 Es ist eine Frage der Demokratie und des Kampfes gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft, dass  
 389 jede und jeder einen Zugang zum Internet hat. Dies bedeutet einen schnellen Breitbandausbau  
 390 flächendeckend zur Verfügung zu stellen, die Netzneutralität gesetzlich festzuschreiben, das  
 391 Urheberrecht zu demokratisieren und Privaten tatsächlich die Möglichkeit zu geben, ihren  
 392 Internetanschluss Dritten zur Verfügung stellen zu können. Die Möglichkeit sich selbstbestimmt im  
 393 Internet zu bewegen ist eine Voraussetzung für eine Teilnahme am demokratischen Diskurs. Die  
 394 Vermittlung von Medienkompetenz muss deshalb einen zentralen Stellenwert erhalten. Dies ist eine  
 395 gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss neben einem gesetzlich garantierten Datenschutz endlich  
 396 angegangen werden.

397 Was uns dabei von anderen Parteien unterscheidet ist, dass wir die Demokratisierung der Gesellschaft  
 398 immer mit der sozialen Frage verbinden, dass individuelle Freiheit und soziale Gerechtigkeit für uns  
 399 zwei Seiten einer Medaille sind. Wir wollen eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt:  
 400 Deshalb ist für uns die Eigentumsfrage zentral. Dazu gehört eine leistungsfähige öffentliche  
 401 Daseinsvorsorge und der Ausbau des öffentlichen Eigentums (Rekommunalisierung). DIE LINKE ist die  
 402 einzige Partei, die für eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft eintritt. Wirtschaft muss den  
 403 Menschen dienen und darf nicht den Profitinteressen weniger untergeordnet werden. Damit die  
 404 wirtschaftlichen Entscheidungen über die Verwendung des Reichtums am gesellschaftlichen Bedarf  
 405 ausgerichtet werden, müssen Arbeitsverhältnisse, Unternehmen und wirtschaftliche Entscheidungen  
 406 demokratisiert werden. Wir wollen unsere Alternativen für eine erneuerte Wirtschaftsdemokratie  
 407 verbinden mit unseren Forderungen zur Guten Arbeit der Zukunft, zur Arbeitszeitverkürzung sowie für  
 408 Zukunftsinvestitionen in das Öffentliche und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft.

- 409 • Wir treten für die Stärkung und den Ausbau der Mitbestimmung sowie für die Förderung von
- 410 Genossenschaften und Belegschaftsübernahmen ein.

- 411 • Die LINKE ist die Partei der direkten Demokratie. Volksabstimmungen muss es endlich auch auf  
412 Bundesebene geben.
- 413 • DIE LINKE will Grund- und Bürgerrechte verteidigen und ausbauen. Die Enthüllung der NSA-  
414 Überwachung blieb folgenlos. Geheimdienste, das hat der NSU-Skandal bewiesen, schützen nicht  
415 die Demokratie, sondern gefährden sie. Wir wollen deswegen die Geheimdienste einschließlich des  
416 Verfassungsschutzes abschaffen zugunsten einer unabhängigen Beobachtungsstelle »Neonazis,  
417 Rassismus, Antisemitismus«.
- 418 • DIE LINKE steht für ein offenes und freies Internet: Linke Netzpolitik will die informationelle  
419 Selbstbestimmung sichern, den gleichberechtigten Internetzugang als Bestandteil des sozio-  
420 kulturellen Existenzminimums herstellen und „Netzneutralität“ gegen kommerzielle Interessen und  
421 staatliche Überwachung schützen.

422 **Kompetenz für eine humanitäre Flüchtlings, Migrations- und Asylpolitik – gegen**  
423 **Rechtspopulismus, Neofaschismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und jeden Rassismus**

424 Deutschland ist schon lange Einwanderungsland – auch wenn es CDU/CSU und Teile der SPD nicht  
425 wahr haben wollen. Das hat die Gesellschaft verändert. Multikulturalität und Vielfältigkeit sind eine  
426 gesellschaftliche Bereicherung. Doch Rassismus, Antisemitismus und Hass sind noch immer  
427 allgegenwärtig bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein. Interkulturelle Öffnung der öffentlichen  
428 Institutionen und Unternehmen, antirassistische Normenbereinigung, eine offensive  
429 Antidiskriminierungspolitik, die Reformierung des Staatsbürgerschaftsrechts, die Humanisierung des  
430 Asyl- und Flüchtlingsrechts sowie die Abschaffung aller ausgrenzenden Sondergesetze stehen deshalb  
431 ganz oben auf unserer demokratiepolitischen Agenda. Seit Oktober 2014 versucht die rassistische  
432 Pegida-Bewegung Flüchtlinge und Muslime zu Sündenböcken zu erklären. Auch nach der Spaltung von  
433 Pegida ist die Gefahr von rechts keineswegs gebannt.

434 Unsere Forderungen:

- 435 • Offene Grenzen für Menschen in Not. Das heißt neben der Abschaffung  
436 des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl auch.
- 437 • Abschaffung der Residenzpflicht und der entwürdigenden Unterbringung in Sammelunterkünften  
438 sowie die freie Wahl des Aufenthaltsortes (Familie, Verwandte). Wir wollen dezentrale  
439 Unterbringungsmöglichkeiten in Wohnungen.
- 440 • Sofortiger Zugang zu Arbeit und Bildung. Dies ermöglicht wirtschaftliche Selbstständigkeit und  
441 Teilhabe.
- 442 • Uneingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung und den sozialen Sicherungssystemen.
- 443 • Finanzielle Unterstützung der Kommunen. Der Bund muss die Kosten für die Unterbringung von  
444 den Kommunen übernehmen.
- 445 • Reformierung des Staatsbürgerschaftsrechts: Mehrfachstaatsangehörigkeiten werden zugelassen.
- 446 • Ein humanitäre Einwanderungsrecht, das Menschen nicht nach ihrer Nützlichkeit für die  
447 ökonomische Verwertung begreift, sondern als gesellschaftliche Bereicherung.
- 448 • Antirassistische Normenbereinigung und wirksame Antidiskriminierungsgesetzgebung.
- 449 • Wir sagen Nein zum Feindbild Islam. Wir treten ein für freie Religionsausübung, die  
450 Gleichbehandlung aller Religionen und wenden uns gegen die Diskriminierung religiöser  
451 Minderheiten.
- 452 • Schluss mit der Kriminalisierung und Diffamierung antifaschistischer und antirassistischer  
453 Initiativen.

454 **Kompetenz für bezahlbare Mieten und Energie: Gesellschaft sozial und ökologisch**  
 455 **umgestalten.**

456 Die „Mietpreisbremse“ der Bundesregierung verdient ihren Namen nicht. Es gibt zu viele Ausnahmen:  
 457 Sie greift nicht bei neu geschaffenem Wohnraum und bei sanierten Wohnungen. Hier können die  
 458 Vermieter weiter verlangen, was der Markt hergibt, was die ortsübliche Vergleichsmiete wiederum  
 459 nach oben treibt. Zwei bis drei Prozent der Mieter sollen nach Schätzungen des Mieterbundes  
 460 überhaupt von der Mietpreisbremse profitieren. Wohnen bleibt weiterhin ein Armutsrisiko für die einen  
 461 und ein Spekulationsobjekt der anderen. DIE LINKE unterstützt die zahlreichen Initiativen in deutschen  
 462 Großstädten gegen die Spekulation mit Wohnraum, gegen Verdrängung und Zwangsräumungen, für  
 463 bezahlbare Mieten und ein „Recht auf Stadt“. Daher würde eine LINKE Mietpreisbremse:

- 464 • die Mieten flächendeckend und ohne Ausnahmen begrenzen und zum Beispiel Mieterhöhungen  
 465 allein aufgrund einer bloßen Wiedervermietung der Wohnung ausschließen. Ansonsten müssen  
 466 Mieterhöhungen auf die Höhe der Inflation beschränkt bleiben.
- 467 • die Spekulation mit Wohnraum bekämpfen und weitere Privatisierungen verhindern. Umwandlung  
 468 und Zweckentfremdung von Miet- in Eigentums- und Ferienwohnungen müssen gestoppt werden.
- 469 • Mieten bezahlbar machen und einen Neustart im sozialen Wohnungsbau einleiten. Zusätzlich  
 470 müssen mindestens 150.000 Mietwohnungen pro Jahr - nicht allein über Neubau - eine  
 471 Sozialbindung erhalten.
- 472 • Die Regelungen zur Kündigungsmöglichkeit im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes  
 473 (Zwangsräumungen) müssen rückgängig gemacht werden, die Kündigungsmöglichkeit wegen  
 474 wirtschaftlicher Verwertbarkeit muss erheblich eingeschränkt werden.

475 Bei der Energiewende orientiert sich die Bundesregierung weiter an der Marktmacht der  
 476 Energiekonzerne und deren Profitinteressen. Mit der derzeitigen Ausgestaltung der EEG-Umlage  
 477 werden Industriebetriebe großzügig zulasten privater Haushalte privilegiert. Die Strompreise haben  
 478 sich seit dem Jahr 2000 verdoppelt, viele können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen.  
 479 Hunderttausenden wird jährlich der Strom abgeschaltet, eine stille soziale Katastrophe. Eine LINKE  
 480 Energiewende mit Sozialsiegel sieht anders aus. DIE LINKE will eine Energiewende, die sozial,  
 481 demokratisch und ökologisch ist:

- 482 • Sozial, um die Kosten gerecht zu verteilen. Stromsperren müssen verboten werden. Um  
 483 Energiearmut zu vermeiden, streiten wir für ein kostenloses Grundkontingent an Strom für jeden  
 484 Privathaushalt. Um die Strompreise insgesamt senken zu können, müssen die Industrierabatte bei  
 485 der EEG-Umlage fallen und eine öffentliche Strompreisaufsicht wieder eingeführt werden.
- 486 • Demokratisch, um die Macht der vier großen Energiekonzerne zu brechen. Die Energieversorgung  
 487 gehört als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in die Hände der Bevölkerung. Stadtwerke und  
 488 genossenschaftliche Versorger wollen wir stärken, Privatisierungen stoppen,  
 489 Rekommunalisierungen vorantreiben und eine dezentrale, verbrauchernahe Energieerzeugung  
 490 fördern.
- 491 • Ökologisch, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Statt weiter auf Atom und Kohle zu setzen,  
 492 muss deutlich mehr getan werden, um den Anteil Erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz zu  
 493 erhöhen.

494 Um die Hegemonie kämpfen

495 Die LINKE versteht sich als Motor einer gesellschaftlichen Opposition gegen die Politik der Großen  
 496 Koalition. Ein grundlegender Politikwechsel ist nur möglich, wenn sich die Kräfteverhältnisse in der  
 497 Gesellschaft verändern. Dafür braucht es eine starke parlamentarische Verankerung ebenso wie einen  
 498 Aufschwung sozialer Bewegungen und Proteste. Darum unterstützen wir die vielen Menschen, die sich  
 499 für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für mehr Demokratie und damit für einen grundlegenden  
 500 Politikwechsel und eine Überwindung des Kapitalismus engagieren. Initiativen gegen TTIP und CETA,

501 die Blockupy-Bewegung, Streiks gegen prekäre Arbeit und Tariffucht wie bei Amazon oder wie bei den  
 502 Sozial- und Erziehungsdiensten für die Aufwertung traditioneller Frauenberufe, Proteste gegen  
 503 Rassismus und für Willkommenskultur, Initiativen gegen den Ausbau des Überwachungsstaates,  
 504 Initiativen von Mieterinnen und Mietern und Kämpfe um die Wiederaneignung der Städte, die  
 505 Friedensbewegung und die Initiativen für Klimagerechtigkeit und die Energiewende unterstützen wir  
 506 und wirken als eine verbindende Kraft in Richtung eines grundlegenden Richtungswechsels.

#### 507 **Landtagswahlen 2016: Meilensteine für DIE LINKE**

508 Nachdem in **Thüringen** das Ergebnis der Landtagswahl 2014 die Bildung der ersten von einem linkem  
 509 Ministerpräsidenten geführten Landesregierung möglich gemacht hatte, kamen SPD, Grüne und DIE  
 510 LINKE nach gründlicher Diskussion und einer breiten Einbeziehung der Mitgliedschaft in den  
 511 Entscheidungsprozess zu dem jeweils mit großer Mehrheit gefassten Beschluss, gemeinsam einen  
 512 Politikwechsel im Freistaat zu wagen. Damit hat DIE LINKE, immer noch eine junge Partei in  
 513 Deutschland, deutlich an bundesweiter Akzeptanz gewonnen. Ein Verdienst der Genossinnen und  
 514 Genossen im Landesverband Thüringen und auch von Bodo Ramelow persönlich. Die Wahl eines  
 515 LINKEN zum Ministerpräsidenten war einer der größten Erfolge unserer Partei seit vielen Jahren.  
 516 Niemand sollte unterschätzen: Einen Wahlerfolg zu erringen war das eine, fünf Jahre erfolgreiche  
 517 Politik ist das andere und weitaus herausfordernder. Der Thüringer Landesverband wird die ganze  
 518 Partei auf diesem Weg solidarisch an ihrer Seite haben.

519 Den Genossinnen und Genossen in **Brandenburg** fiel es nach der Enttäuschung des Wahlabends nicht  
 520 leicht, den Entschluss zur Fortsetzung der Rot-Roten Landesregierung zu fassen. Allzu viele der  
 521 eigenen Wählerinnen und Wähler hatten diesmal nicht genug Gründe gefunden, zur Wahl zu gehen und  
 522 erneut DIE LINKE zu wählen. Dennoch stimmte die Parteibasis nach sorgfältiger Abwägung mit  
 523 überwältigender Mehrheit dafür, das Begonnene zum Erfolg zu führen und dabei erneut die soziale  
 524 Frage zum Maßstab eigenen Regierungshandelns zu machen. Dafür wünschen wir den Brandenburger  
 525 Genossinnen und Genossen viel Erfolg.

526 Das Wahljahr 2015 begann für DIE LINKE mehr als gut: In **Hamburg** zogen wir nicht nur erneut in die  
 527 Bürgerschaft ein, sie wurden auch in mehreren Stadtteilen stärkste Partei. Entschiedene, klare  
 528 Opposition gegen eine sozialdemokratische Politik der Mitte, die soziale Spaltung der Städte, Armut  
 529 und Ausgrenzung, die Aushöhlung der Demokratie billigend in Kauf nimmt, ist heute notwendig wie  
 530 nie. Und sie wird honoriert: DIE LINKE kann im Westen gewinnen! Erst im Norden, später werden wir  
 531 das auch im Süden der Republik zeigen!

#### 532 **Starke LINKE Opposition im Südwesten**

533 Im Frühjahr 2016 finden in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt  
 534 Landtagswahlen statt, im Herbst folgen Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.  
 535 Bleibt die Bundespartei in den Umfragen bis dahin stabil und legt etwas zu, dann stehen die Chancen  
 536 in **Baden-Württemberg** und **Rheinland-Pfalz** nicht schlecht, erstmals in die Landtage einzuziehen.  
 537 Opposition wird ihr Auftrag sein, in jeder Konstellation lassen CDU, SPD und Grüne ein  
 538 landespolitisches soziales Profil, für viele Menschen im Alltag schmerzhaft, vermissen. Es fehlt ein  
 539 linkes Korrektiv, DIE LINKE wird die Partei sein, die sagt, was ist und Vorschläge macht, die Lage der  
 540 Menschen zu verbessern.

541 Aber auch für die Entwicklung der Partei insgesamt sind diese beiden Wahlen wichtige Etappen.  
 542 Langfristige bundespolitische Relevanz kann nur gesichert werden, wenn uns sowohl eine stärkere  
 543 parlamentarische Vertretung – kommunal wie in den Landtagen – als auch ein weiterer Aufbau der  
 544 Parteistrukturen in den großen westdeutschen Flächenländern gelingen.

545 **Schwarz-rote Koalitionen ablösen - für einen linken Politikwechsel!**

546 Die Landesverbände **Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern** können bei ihren  
547 Wahlen auf Landesebene starke Ergebnisse erreichen und ihre letzten übertreffen. Das ist auch ihr  
548 Ziel. Nur wenn das gelingt, wird sich für DIE LINKE in den drei Ländern eine realistische Option, die  
549 CDU aus der Regierung zu verdrängen, eröffnen können.

550 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin haben bundesweit überproportionale und  
551 weiter wachsende Armutsquoten von über 20 Prozent. DIE LINKE als Partei der sozialen Gerechtigkeit,  
552 des Friedens und der Demokratie sieht das als eine große Herausforderung an - in Opposition wie in  
553 der Regierung. In Sachsen-Anhalt kämpft unsere Partei darum, das Mandat zur Regierungsbildung von  
554 der Wählerschaft zu bekommen und nach erfolgreichen Koalitionsverhandlungen mit Wulf Gallert den  
555 zweiten LINKEN Ministerpräsidenten zu stellen. Das ist ein realistisches Ziel, dass die gesamte Partei  
556 unterstützt.

557 **Eine sozialere Politik gibt es nur mit der LINKEN**, in Opposition oder in Regierung. Das werden die  
558 politische Botschaft und das Versprechen auch 2016 in Ost und West sein.  
559 Und wenn es gelingt, die CDU aus weiteren Landesregierungen zu verdrängen, dann würde das auch  
560 bedeuten: Der Bundesrat ist nicht länger ohne Vetomacht gegen Merkels Kurs. DIE LINKE gewänne  
561 politischen Spielraum für eine Politik gegen die Große Koalition in Berlin hinzu.

562 Für DIE LINKE sind die Kommunalwahlen des Jahres 2016 in **Hessen** und **Niedersachsen** von großer  
563 Bedeutung. In Hessen hat DIE LINKE eine schon traditionell breite kommunale Basis, die sie weiter  
564 ausbauen kann. Für Niedersachsen wird es darauf ankommen, mit erfolgreichen Kommunalwahlen die  
565 Grundlage zu schaffen, sich als Landesverband zu konsolidieren und für einen erneuten  
566 landespolitischen Anlauf Richtung Landtag 2018 gut aufzustellen.

567 **Perspektive 2017: Eine Alternative ist möglich – hier und in Europa**

568 Die Wahlen 2016 können die politischen Kräfteverhältnisse nachhaltig verändern. DIE LINKE will als  
569 treibende Kraft einer politischen Alternative die schwarz-roten Koalitionen in Sachsen-Anhalt,  
570 Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ablösen. Unser Ziel ist es, das Kräfteverhältnis nach links zu  
571 verschieben. Ein Ausgangspunkt dafür sind die Länder und die Veränderung der politischen  
572 Mehrheiten dort. Gelingt uns dies, bliebe das für die politische Situation auf Bundesebene und für die  
573 gesamtgesellschaftliche Stimmungslage nicht ohne Folgen.

574 2016 ist ein Jahr der Meilensteine für DIE LINKE mit großen Möglichkeiten, weiter an Einfluss zu  
575 gewinnen – in Opposition und in der Regierung. Im nächsten Jahr werden die Grundlagen gelegt für die  
576 Bundestagswahl 2017. Die gesamte Partei wird dafür kämpfen, sodass DIE LINKE gestärkt das  
577 kommende Jahr beendet: in Ost wie West, in Regierung wie Opposition, in den Ländern und im Bund.  
578 Die Botschaft ist: DIE LINKE ist *die* Alternative zur Großen Koalition.

579 Bei allen Wahlen der letzten Jahre hat sich eines gezeigt: Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung sind  
580 zur Klassenfrage geworden. Unübersehbar ist die Wahlenthaltung gerade in jenen Teilen der  
581 Bevölkerung dramatisch hoch, die besonders von sozialen Kürzungen und unsicheren  
582 Lebenssituationen betroffen sind. Gerade jene, die zuallererst auf eine funktionierende öffentliche  
583 Daseinsvorsorge und gerechte Umverteilung angewiesen sind, wenden sich ab, wenn es darum geht,  
584 genau dafür politische Mehrheiten zu gewinnen. Als LINKE wollen wir uns damit nicht abfinden. Aber  
585 eine Mobilisierung dieser Wählergruppen gelingt nicht erst kurz vor einer Wahl – jeden Tag muss  
586 darum gerungen werden. Präsenz vor Ort, Beratung und Hilfe, Ansprechpartnerin sein,  
587 Beteiligungsmöglichkeiten bieten – darum muss es uns gehen. Der Alltag entscheidet maßgeblich  
588 über unsere breite Akzeptanz als LINKE, nicht erst der Wahltag. Und es ist der Alltag, das unmittelbare

589 Lebensumfeld von Bürgerinnen und Bürgern, wo Mobilisierung und stärkere Beteiligung an  
590 demokratischen Prozessen gelingen kann. Wir sagen: Es geht um was, es geht um euch!

591 Daher richten wir unsere politischen Angebote an Erwerbslose und Erwerbstätige gleichermaßen, an  
592 Beamte im öffentlichen Dienst wie junge Kreative, an Kernbelegschaften und Leiharbeiterinnen, an  
593 befristet beschäftigte Hochschulabsolventinnen wie Rentnerinnen und Rentner, an Menschen, die hier  
594 geboren sind, wie jene, die zu uns kommen. Auf lange Sicht steht unsere Demokratie vor einem  
595 Offenbarungseid, wenn sich - wie schon jetzt in manchen Stadtteilen - die Mehrheit der Bevölkerung  
596 von ihr abwendet. Die meisten Parteien haben sich damit abgefunden, dass ein großer Teil der  
597 Bevölkerung gegenüber der parlamentarischen Demokratie gekündigt hat, wir nicht.

#### 598 **Die Bundestagswahl wird eine Abstimmung über die Zukunft Europas**

599 Europa wird ein zentrales Thema der kommenden beiden Jahre (bleiben). Die Linke in ganz Europa  
600 kämpft dafür, dass der Anfang, der in Griechenland gemacht wurde, fortgesetzt und ein politischer  
601 Kurswechsel möglich wird. In Spanien, Portugal und Irland stehen Wahlen an, die die Linke in diesen  
602 Ländern und die gesamte europäische Linke stärken könnten. Eine weitere linksgeführte Regierung in  
603 Europa gäbe wiederum Syriza Rückenwind auf ihrem Weg, sich von Austerität und Rezession zu  
604 befreien. Dann wäre die Tür, die in Griechenland aufgestoßen wurde, vorerst nicht mehr zu schließen:  
605 Merkels autoritärer und undemokratischer Europakurs stünde einer durchsetzungsfähigen  
606 demokratischen linken Alternative gegenüber.

607 Europaweit versuchen rechte Parteien und Bewegungen, soziale Ängste für sich zu nutzen:  
608 Unmittelbar vor der Bundestagswahl steht im Frühsommer 2017 die Präsidentschaftswahl in  
609 Frankreich an. Eine weitere Stärkung oder gar die Präsidentschaft für den Front National hätte  
610 unabsehbare Folgen für die gesamte europäische Zukunft. In Deutschland führen die AfD und andere  
611 rechtspopulistischen Organisationen einen Kulturkampf von rechts mit neoliberaler Ideologie. Statt die  
612 sozialen Ungerechtigkeiten in diesem Land anzugreifen und nach oben zu schauen, wird feige nach  
613 unten getreten: Es geht gegen Flüchtlinge, Muslime und sozial an den Rand Gedrängte. Es droht eine  
614 Spaltung Europas und eine politische Situation, in der wieder europäische Nationen gegeneinander  
615 gestellt werden. Das ist die Gefahr, der sich auch die europäische Sozialdemokratie bewusst sein  
616 muss, wenn sie nicht endlich selbst einen Kurswechsel vornimmt, der sich von Merkels Europapolitik  
617 löst.

618 DIE LINKE und die gesamte Europäische Linke werden deutlich machen, dass die Grenzen und  
619 Spaltungen anders verlaufen: Nicht zwischen Deutschen und Griechen, nicht zwischen Franzosen und  
620 Portugiesen oder zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen, sondern zwischen oben und unten,  
621 zwischen Arm und Reich, zwischen den sozialen Interessen in ganz Europa und einer neoliberalen  
622 Elite, deren politischer Maßstab das „Vertrauen“ der Finanzmärkte und nicht der Bürgerinnen und  
623 Bürger ist. Zwischen jenen, die Reiche und Vermögende besteuern wollen statt Löhne und Renten zu  
624 kürzen, und denen, die Bevölkerungen gegeneinander ausspielen, um Banken und Spekulanten retten  
625 zu können.

626 Angela Merkel spaltet die Gesellschaft - in Europa wie in Deutschland. Sie ist kein Ausweg aus der  
627 Krise, sie ist eine ihrer Ursachen. DIE LINKE steht für die Alternative!